

StOAR Idel erläutert die wesentlichen Inhalte zum 1. Nachtragshaushalt 2023.

RM Striegl stellt fest, dass es sich als positiv darstellt, dass der Beschluss für den Haushalt 2023 noch im Jahr 2022 gefasst wurde und bereits eine Haushaltsgenehmigung vom Landkreis vorliegt. Negativ erweist sich jedoch die Anhebung der Kreisumlage um zwei Punkte und die Schuldenentwicklung. Wichtig ist dem Landkreis ein Signal zu geben, dass wir als Stadt Schortens unsere Hausaufgaben machen. Anschließend stellt RM Striegl folgende Anträge:

1. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur kommenden Ratssitzung zu prüfen, wie sich die Erhöhung des Steuersatzes bei der Spielgerätesteuern um 2 Punkte finanziell auswirkt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur kommenden Ratssitzung konkrete Vorschläge zu erarbeiten mit denen die Kosten bei den freiwilligen Leistungen um 10 % (325.000 €) reduziert werden können. Die Kürzung soll nicht pauschal erfolgen.

RM Just merkt an, dass man hierbei nicht um einige Punkte herumschauen darf und spricht als Einsparvorschlag diverse Leistungen im Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien an. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Kreisaufgaben, sodass hier erhebliche Einsparmöglichkeiten vorhanden sind.

RM Grimpe gibt zu bedenken, dass man sich inzwischen auch nicht mehr die Zinsen und die Tilgung für die langfristigen Verbindlichkeiten leisten kann. Laut seinerzeitiger Sitzungsvorlage der Verwaltung sind Reduzierungen bei den freiwilligen Leistungen in Höhe von ca. 490.000 € grundsätzlich mit starken Einschnitten möglich. Es wird eher schwierig daraus kurzfristig Geld zu generieren, stellt aber eine Diskussionsgrundlage dar. Ergänzend merkt RM Grimpe an, dass der Landkreis Friesland in der Vergangenheit auch schon mal ein Haushaltssicherungskonzept der Stadt Schortens zurückgewiesen hat.

RM Just teilt mit, dass die Stadt Schortens in der Vergangenheit zwar schon öfters ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen musste. Der Haushalt bisher jedoch immer genehmigt wurde.

RM Kasig kann sich einem derartigen Prüfauftrag hinsichtlich der Spielgerätesteuern an die Verwaltung durchaus anschließen. Hinsichtlich der freiwilligen Leistungen wurden in der jüngeren Vergangenheit diverse Punkte – insbesondere aus der Arbeitsgruppe Haushalt resultierend – bereits umgesetzt. Weitere freiwillige Leistungen können unter Umständen schwierig werden oder wären mit einem gewissen Zeitfenster eventuell doch möglich. Dies müsste man beleuchten. Insgesamt handelt es sich hierbei um eine politische Angelegenheit. Bezüglich einer Haushaltsgenehmigung vom Landkreis wird die Situation nicht so dramatisch gesehen, sodass sich RM Kasig den Ausführungen von RM Just anschließt.

Nach kurzer weiterer Diskussion gibt RM Bruns abschließend zu bedenken, dass es hier um die mittelfristige finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Schortens geht. Mit Blick in die Zukunft gilt es selber eine Lösung zu erarbeiten und sich nicht von einem Dritten eine Lösung diktieren zu lassen.

Sodann wird zunächst über die beiden Anträge von RM Striegl abgestimmt.

1. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur kommenden Ratssitzung zu prüfen, wie sich die Erhöhung des Steuersatzes bei der Spielgerätesteuer um 2 Punkte finanziell auswirkt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt bis zur kommenden Ratssitzung konkrete Vorschläge zu erarbeiten mit denen die Kosten bei den freiwilligen Leistungen um 10 % (325.000 €) reduziert werden können. Die Kürzung soll nicht pauschal erfolgen.

Der Antrag wird bei Stimmenenthaltung der Mitglieder der SPD-Fraktion angenommen.